



Der Jugend gehört die Zukunft – aber es gibt sie nicht umsonst

von Wolfgang Gründinger und Jörg Tremmel*

Der Jugend gehört die Zukunft – so lautet eine Volksweisheit in Deutschland. Aber fordern junge Leute sie offensiv ein? Und wenn ja, schenkt die Gesellschaft ihren Stimmen Gehör?

Egoistisch, karrieregeil, narzisstisch, unpolitisch – dies sind gängige Vokabeln, um die Jugend von heute zu charakterisieren. „Das Zeitklima ist von nüchternem Pragmatismus und fröhlichem Fatalismus geprägt. Die politische Leidenschaft ist erkaltet, die Lust an der gesellschaftlichen Kontroverse ermüdet, die Visionen und Utopien von einer besseren Welt verblassen“, resümiert Renate Köhler, Chefin des Meinungsforschungsinstituts Allensbach. Florian Illies charakterisiert die 25-35jährigen in seinem Nostalgiewerk *Generation Golf* als Hedonisten, denen die Farbe ihrer Barbour-Jacke wichtiger erscheint als die Frage nach Rechts oder Links, Krieg oder Frieden.

Dass den Jugendlichen die Frage nach Krieg oder Frieden keinesfalls einerlei ist wurde spätestens mit den Demonstrationen gegen den Irakkrieg eindrucksvoll bewiesen. Tatsächlich ist es nicht das mangelnde Interesse, sondern schlicht der Mangel an attraktiven Beteiligungsmöglichkeiten, der viele Jugendliche von Engagement abhalten, wie auch die Shell-Studie unterstreicht: „Nicht die Jugend ist politikverdrossen, die Politik ist jugendverdrossen“, so ihr Credo.

Die Zukunftsvergessenheit unserer Gesellschaft war auch ein wesentliches Motiv, als fünf Studierende 1997 die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen aus der Taufe hoben, um für die Idee der Generationengerechtigkeit zu werben, also dafür, dass keine Generation auf Kosten zukünftiger Generationen lebt. Ein solches Leben auf Kosten der Zukunft findet heute massiv statt, ob Umweltzerstörung, Jugendarbeitslosigkeit, ausufernde Staatsverschuldung, Bildungskrise, fehlende Kinderrechte und die Benachteiligung der jungen Generation in der Rentenversicherung. Die Stiftung ist das einzige international tätige Forschungsinstitut für Generationengerechtigkeit.

Mit der Gründung des Jugendnetzwerks YOIS (Youth for Intergenerational Justice and Sustainability) durch Jugendliche aus aller Welt auf der EXPO 2000 erhielt die Stiftung einen neuen Mitstreiter. Heute bildet YOIS mit Verbänden auf drei Kontinenten und Aktivisten in allen Ecken des Planeten die einzige internationale Jugendorganisation, die sich explizit für Generationengerechtigkeit stark macht.

* **Wolfgang Gründinger**, europ. Vizepräsident und bay. Landesvorsitzender von YOIS und einziges deutsches Mitglied im Internationalen Jugendparlament. (www.wolfgang-gruendinger.de)
Jörg Tremmel, Vorsitzender der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. (www.srzg.de)

Über mangelndes Interesse von Seiten der Entscheidungsträger konnten beide Organisationen sich nicht beklagen. Unsere Forderungen für neue Generationenverträge etwa wurden von Rita Süßmuth, der damaligen Präsidentin des Deutschen Bundestags, entgegengenommen. Auch andere Spitzenpolitiker wie u.a. Walter Riestler (Rentenreform), Herta Däubler-Gmelin (Generationengerechtigkeit im Grundgesetz), Johannes Rau, Guido Westerwelle, Horst Seehofer und Rezzo Schlauch luden uns zu Gesprächen ein.

Fordert die Jugend ihre Zukunft ein? Ein klares Ja. Es mag eine Minderheit sein, die sich bei der Stiftung oder bei Jugendorganisationen wie YOIS und anderen zivilgesellschaftlichen, kirchlichen, gewerkschaftlichen, parteipolitischen oder umweltorientierten Jugendverbänden engagiert. Aber auch in anderen Altersgruppen der Gesellschaft ist dieser Anteil nicht wesentlich höher. Es waren und sind immer (zunächst) Minderheiten, die die Gesellschaft prägen.

Leider zeigen die 1998 von der Stiftung und seit 2002 regelmäßig von YOIS unter Leitung der beiden Autoren durchgeführten Politiktests, dass die Politik kaum auf die Anliegen der Jugend eingeht. Trotz deutlicher Unterschiede bestehen die Wahlprogramme sämtlicher etablierter Parteien mehr aus Floskeln denn aus einem Forderungskatalog, der das Prädikat „generationengerecht“ verdienen würde.

Schenkt die Gesellschaft also den Stimmen der Jugendlichen kein Gehör? Doch, aber meist eben nur rhetorisch und in unzureichendem Maße. Es ist schon ein trauriges Symptom, dass es erst dreijährigen Drucks bedurfte, bis mit Tobias Schlegl endlich ein Jugendvertreter in den Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung aufgenommen wurde. Wenn YOIS-Aktivistinnen nicht beharrlich immer wieder diesen Missstand moniert hätten, würde die junge Generation in diesem Gremium, das den Kanzler in Fragen der Nachhaltigkeit beraten soll, noch immer komplett fehlen. Nicht mehr ernstgenommen fühlten sich die Jugendlichen auch, als die bayerische Staatsregierung in Reaktion auf den Erfurt-Amoklauf die informationellen Selbstbestimmungsrechte volljähriger Schüler massiv beschnitt und alle ihre Proteste ungehört blieben. Jetzt haben fünf Jugendliche, darunter ein Mitautor dieses Artikels, dagegen Verfassungsklage erhoben.

Wir erleben im Moment den Megatrend der demografischen Alterung der Gesellschaft. Die Zahl der Alten wird in den nächsten drei Jahrzehnten von heute 17 auf 27 Millionen steigen, die Zahl der unter 20jährigen von heute 20 auf 15 Millionen sinken. Entweder wird dies zu einer politischen Marginalisierung der jungen Generation führen, wenn die Alten ein starkes Generationenbewusstsein aufbauen und dadurch eine zahlenmäßig starke Lobby bildet, die strukturkonservativ wirkt. Oder aber die Gesellschaft erkennt Jugend als ein knappes Gut an, das es zu fördern und zu unterstützen gilt: Dann könnte der demografische Wandel einer zukunftsfähigen Politik zuträglich wirken.

Es liegt in der Hand der heute älteren Generation, ihren Nachkommen handfeste Mitspracherechte zu geben und dadurch das Risiko eines Generationenkonflikts zu verringern. Hierfür schlagen die Stiftung und YOIS eine Wahlrechtsreform vor, die auch Jugendlichen unter 18 Jahren eine Stimme gibt und wie sie von den Autoren dieses Artikels bereits mit positivem Echo bei den Vereinten Nationen in New York und dem Internationalen Jugendparlament in Sydney vorgestellt wurde. Nach diesem Modell bekommen Kinder und Jugendliche – gleich welchen Alters – die Wahlkarte zugesandt, sobald sie diese persönlich beantragen. Würde das Wahlrecht so erweitert, kämen zu den 64 Millionen heutigen Wählerstimmen 16 Millionen hinzu. Diese Verschiebung in der Wählerstruktur bliebe kaum ohne Auswirkungen auf das Verhalten der Entscheidungsträger. Gleichzeitig würde auf diese Weise das fundamentale Defizit unserer Demokratie, nämlich der Ausschluss eines beträchtlichen Teils des Staatsvolkes von der politischen Partizipation, beseitigt.